

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsanstalt: Pressesystem, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Satzart: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 23. Juni 1988

Blatt 1239

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Vizebürgermeister Mayr feiert 60. Geburtstag (1242)

Kommunal/Lokal:

Großes Familienfest im Hamerlingpark (1240)

Rätselrallye durch das Karmeliterviertel (1240)

Samstag Blumenkorso im Volksprater (1240)

Stadtbahn wird auf U-Bahn-Betrieb umgestellt: Sperre in den Sommermonaten (1241)

Umweltdiplom für umweltfreundlichen Lokalbesitzer (1243)

Hatzl: Spittelau wird alle Werte einhalten (1244)

Wiener Gemeinderat (1245-1251)

Großes Familienfest im Hamerlingpark

Clowns, Country-Musik, Bauernmarkt

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Ungarische Folklore, Kindertheater, Clowns und Country-Musik sowie verschiedene Aktivitäten für Kinder und Erwachsene gibt es kommenden Sonntag, den 26. Juni, von 14 bis 19 Uhr im Josefstädter Hamerlingpark. Veranstalter ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, der dieses Fest mit Unterstützung des Wiener Volksbildungswerkes und des Kulturamtes durchführt.

Im Rahmen eines bunten Unterhaltungsprogrammes gibt es u.a. eine „Musikalische Reise“ eines ungarischen Blockflötenensembles und das Kaikukas-Kindertheater. Unter dem Motto „Den Wurschtl kann kana darschlogn“ bringen bekannte Künstler, wie z.B. Heinz ZUBER und Karl KALKUSCH, Kostproben von Clowns, Wurschtl und anderen lustigen Personen. Den Abschluß bildet Western- und Country-Musik, dargeboten von der Gruppe „Black and White“.

Gesundheitsstraße und Gesundheitsinformation

Darüber hinaus besteht für die Besucher auch die Möglichkeit, ihre Gesundheit durch kostenlose Blutdruckmessungen, Lungenfunktions- und Sehtests zu überprüfen. Ebenso werden Ärzte und Therapeuten des Gesundheitsamtes über Impfungen, Zahnhygiene u.s.w. informieren. Zahlreiche weitere Informationsstände und Aktivitäten werden das Programm noch ergänzen. Für das leibliche Wohl der Besucher ist durch einen Bauernmarkt gesorgt. Der Eintritt zu sämtlichen Aktivitäten ist frei. (Schluß) zi/rr

Rätselrallye durch das Karmeliterviertel

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Eine Rätselrallye durch das Stadterneuerungsgebiet Karmeliterviertel findet am kommenden Samstag statt. Veranstalter ist die Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes. Start ist zwischen 9 und 10 Uhr im Informationslokal der Gebietsbetreuung (2, Tandelmarktgasse 1). Allen, die ihr Grätzl kennen oder es besser kennenlernen wollen, winken viele schöne Preise. Information unter 35 99 63. (Schluß) ah/bs

Samstag Blumenkorso im Volksprater

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Am kommenden Samstag, dem 25. Juni, steht der Wiener Volksprater im Mittelpunkt einer farbenprächtigen Veranstaltung: Um 15 Uhr beginnt ein großer Blumenkorso, bei dem für viel Unterhaltung gesorgt ist. Die Korsoroute führt von der Südportalstraße, Lagerhausstraße, Perspektivstraße, Zufahrtsstraße, Straße des 1. Mai, Verbindungsweg zwischen Straße des 1. Mai und Hauptallee über die Hauptallee zur Kaiserallee. Das Programm, das bereits um 14.30 Uhr mit einem Platzkonzert am Riesenradplatz eröffnet wird, endet um ca. 16.30 Uhr mit dem traditionellen Empfang des Bürgermeisters auf der Liliputbahnwiese. Dort werden auch die höchstbewerteten Korso-Teilnehmer von einer prominenten Jury unter Vorsitz von Franz ANTEL ausgezeichnet. Moderiert wird die Veranstaltung von Brigitte XANDER. (Schluß) ull/bs

Stadtbahn wird auf U-Bahn-Betrieb umgestellt: Sperrung in den Sommermonaten

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Um den Betrieb der zukünftigen U-Bahn-Linie U 6 an die übrigen U-Bahn-Linien anzugleichen, werden die derzeitigen Stadtbahnlinien von Links- auf Rechtsverkehr umgestellt. Damit ist auch die Installierung von neuen Signalanlagen und die Errichtung eines neuen Stellwerkes verbunden. Mit diesen neuen Anlagen ist in Zukunft auch auf der Stadtbahn ein Gleiswechselbetrieb möglich. Dadurch kann bei einer eventuellen Störung der Stadtbahnbetrieb in beiden Fahrrichtungen aufrechterhalten werden.

Während der Umstellungsphase muß in den Sommermonaten der Stadtbahnbetrieb eingestellt werden.

Von Samstag, den 25. Juni, bis Freitag, den 1. Juli, wird die Stadtbahn zwischen den Stationen Nußdorfer Straße und Friedensbrücke eingestellt. Die Fahrgäste können in dieser Phase die Stadtbahnlinie „G“ nach Heiligenstadt und die U-Bahn-Linie U 4 zur Friedensbrücke benutzen.

Ab Samstag, den 2. Juli, bis Sonntag, den 4. September 1988, muß der Stadtbahnbetrieb zur Gänze eingestellt werden. In diesem Zeitraum wird die Straßenbahnlinie „8“ verstärkt geführt. Weitere Ausweichmöglichkeiten für die Fahrgäste sind die U-Bahn-Linie U 4, die Vorortelinie (S 45) sowie die Linien „D“ und „10 A“. (Schluß) roh/bs

Vizebürgermeister Mayr feiert 60. Geburtstag

Wien, 23.6. (RK-POLITIK) Kommenden Montag, den 27. Juni, feiert Vizebürgermeister Hans MAYR seinen 60. Geburtstag. Mayr wurde 1928 in Wien geboren und schloß die schulische Ausbildung mit der Matura an der Höheren Technischen Lehranstalt, Fachrichtung Elektrotechnik, im Jahr 1947 ab. Er ist seit 1949 verheiratet, seine Gattin ist Lehrerin, der Sohn arbeitet als Arzt in Wien.

Beruflich trat Mayr 1949 in die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten ein, war dort zuletzt als Direktor tätig — heute ist er von dieser Position freigestellt.

1963 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt, 1971 in den Nationalrat. 1973 kehrte er als amtsführender Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik in die Landes- und Kommunalpolitik zurück. In seiner nunmehr 15jährigen Tätigkeit als Wiener Finanzstadtrat gelang es Mayr, die Wiener Finanzen in Ordnung zu halten und langfristige Projekte der Bundeshauptstadt wie den Bau der Donauinsel, den U-Bahn-Bau, den Spitalsbau, den Wohnbau und die Stadterneuerung finanziell abzusichern. Speziell fallen in die bisherige Amtszeit Mayrs unter anderem ein neues U-Bahn-Finanzierungsabkommen mit dem Bund (Kostenteilung 50:50 Prozent), die Entschuldung der Wiener Verkehrsbetriebe, der Aufbau der Wiener Holding zu einem angesehenen Wirtschaftsfaktor in Wien, die Gestaltung eines neuen Mietenrechtes zu Beginn der 80er Jahre als Basis der Stadterneuerung in Wien sowie eine Reihe von Wirtschaftsförderungsaktivitäten wie die Ansiedlung von General Motors in Wien, die Rettung der Ankerbrotwerke und die Gründung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds. Im Jahr 1984 wurde Mayr auch zum Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien gewählt.

Neben diesen öffentlichen Funktionen bekleidete und bekleidet Mayr auch Funktionen in der SPÖ. Von 1971 bis 1988 war er Bezirksvorsitzender der SPÖ-Fünfhaus, seit 1974 ist er Mitglied des Parteivorstandes der SPÖ, seit 1985 Mitglied des Parteipräsidiums der SPÖ und seit 1988 Vorsitzender der Wiener SPÖ.

Mayr hat im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Finanzstadtrat auch andere Funktionen inne — so ist er z.B. Präsident des Wiener Fremdenverkehrsverbandes, Präsident des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, Präsident des Wiener Zuwandererfonds und geschäftsführender Präsident des „Vereins Weltausstellung“. (Schluß) sei/rr

Umweltdiplom für umweltfreundlichen Lokalbesitzer

Aktion gemeinsam mit den Gästen

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) „Wir tauschen jede leere, umweltfreundliche Spraydose gegen eine Stange Pils.“ Mit dieser Idee hat Fritz ZIEGLER, Besitzer des „Victoria“ in der Burggasse 100, seine Gäste zur gemeinsamen Aktion im Interesse des Umweltschutzes eingeladen. Das ist noch nicht alles: Übriggebliebene Essensreste kommen nicht in den Müll, sondern ins Tierschutzhaus, Energie stammt umweltfreundlich aus der Wärmepumpe, und durch die Wasserspülung der Toiletten rauscht Abwasser aus Küche und Schank.

Dafür hat sich Fritz Ziegler das Wiener Umweltdiplom verdient, meinte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL. Er wird es dem rührigen Lokalbesitzer am kommenden Dienstag, dem 28. Juni, um 20 Uhr, überreichen. Umweltschützer Ziegler feiert dies bei einem Fest gemeinsam mit seinen Gästen an diesem Tag bereits ab 15 Uhr. (Schluß) and/bs

Hatzl: Spittelau wird alle Werte einhalten

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Es habe keinerlei „massiven Druck der Wiener Sozialisten“ hinsichtlich des neuen Luftreinhaltegesetzes gegeben, sagte Donnerstag Energiestadtrat Johann HATZL zu einer Pressekonferenz von ÖVP-Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK über die Müllverbrennungsanlage Spittelau. Der vorliegende Bescheid war natürlich nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen, stellte Hatzl fest. Das neue Gesetz beinhalte jedoch, daß seine vorgegebenen Werte unabhängig von allen Bescheiden, die es schon gibt, erreicht werden müssen. Das sei selbstverständlich auch für die Heizbetriebe Wien verpflichtend, betonte der Energiestadtrat. Gerade weil es ein neues Gesetz gebe, das sehr strenge Bestimmungen für Müllverbrennungsanlagen enthält, bedürfe es keines neuerlichen Behördenverfahrens. Auf diese Weise würde man das Gesetz ad absurdum führen. „Herr Dr. Hawlik sollte endlich zur Kenntnis nehmen, daß dieses Thema im Sinne der Wiener abgeschlossen ist“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/rr

Wiener Gemeinderat

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat nahm am Donnerstag um 9 Uhr seine am Vorabend unterbrochene Sitzung mit der Rechnungsabschlußdebatte über das Kapitel Stadtentwicklung und Stadtplanung wieder auf.

GR. PRINZ (FPÖ) sprach sich dagegen aus, die Weltausstellung im Bereich Alte Donau und Donaupark durchzuführen. In der Bevölkerung des 22. Bezirks gebe es einhellige Ablehnung einer Zerstörung von Erholungsgebieten. Prinz brachte in diesem Zusammenhang ZWEI ANTRÄGE ein und sprach sich dafür aus, die Weltausstellung, falls Wien überhaupt als Veranstaltungsort ausgewählt wird, auf dem Areal des Nordbahnhofes durchzuführen. Zur Frage eines Wiener Zentralbahnhofes schlug er vor, dafür den Westbahnhof ins Auge zu fassen. Prinz forderte eine Aufwertung des Fachbeirates für Stadtplanung und mehr Mitsprache der Stadt Wien bei Bundesbauten. Zur Errichtung der Veterinärmedizinischen Universität brachte Prinz einen weiteren ANTRAG ein, um die mit der Errichtung des Baus verbundenen Probleme konstruktiv zu lösen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) erinnerte an die Weltausstellung 1873 in Wien und stellte Parallelen zu heute fest. Damals sei zunächst ein Direktoreingesetz, ein Büro eingerichtet worden, und man habe kein Thema gehabt. Die ÖVP sei aber grundsätzlich nicht gegen eine Weltausstellung in Wien, doch gelte es, ein interessantes Thema zu finden. Abgesehen von diesen Überlegungen müsse man abwarten, ob Wien überhaupt den Zuschlag erhält. Zu Plänen bezüglich der Mariahilfer Straße forderte Mayr, daß nichts geschehen dürfe, wodurch der Charakter dieser Straße als Einkaufsstraße in irgendeiner Weise eingeschränkt wird.

GR. Christine SOTONA (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Arbeit der Gürtelkommission für die Zukunft der Bereiche Gürtel-Wiental hin. Die Planungsarbeiten sind im Sinne einer Verbesserung der Wohnqualität der Bewohner dieses Stadtraumes zu sehen. Senkung von Lärm und Abgasbelastigungen, Schaffung von Grün- und Freiflächen und natürlich auch eine funktionierende Abwicklung des Verkehrs werden aufgrund einer Reihe von Maßnahmen dazu beitragen. Unter anderem sind, wo es notwendig und möglich ist, Tunnellösungen vorgesehen, weiters sind ein Abrücken der Fahrbahnen von den Wohnhäusern und ein breites bepflanztes Vorland als Möglichkeiten der Verbesserung dieses Lebensraumes geplant. Zur Weltausstellung sagte Sotona, daß diese ein Symbol der friedlichen Koexistenz in Europa sein werde, und daß sie einen Auftrieb für die Wirtschaft und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen bedeuten werde. Im Gefolge der Weltausstellung werde sich auch eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ergeben.

GR. Mag. KARL (ÖVP) sagte, daß in Meidling seit mehr als neun Jahren an der Erstellung eines Bezirksentwicklungsplanes gearbeitet werde. Er hoffe, daß Stadtrat Dr. Swoboda in seiner neuen Funktion mehr Effizienz zeige als in seiner Eigenschaft als Bezirksmandatar. Den Wienflußbereich hält Karl für ungeeignet zur Übernahme einer Erholungsfunktion. Sinnvoller wäre es, die B 1 in das Wienflußbett zu verlegen. Zum Zentralbahnhof meinte Karl, wenn er schon gebaut werden solle, dann sollte es Tunnels in Hietzing und Meidling geben. Diese Unterführungen könnten gleich für die Verlängerung der Vorortelinie verwendet werden. In der Idee einer Weltausstellung sieht Karl eine Jahrhundertchance für Wien. Im Donauraum verlangt die ÖVP ein Gesamtgestaltungskonzept mit Zeit- und Finanzierungsplan und die Mitsprache der Bevölkerung. Die Straßenbahnlinie „8“ möchte Mag. Karl erhalten wissen. Über Flächenwidmungspläne forderte Karl mehr Information der Bevölkerung.

GR. Ruth BECHER (SPÖ) würdigte die engagierte Beteiligung der Bevölkerung an der Donauraumplanung und erläuterte die ökologischen Gründe für eine Staufufe Wien. Wichtig wären Maßnahmen für eine Revitalisierung der alten Ortskerne. Sie unterstrich die Forderung ihrer Fraktion nach einem vierspurigen Ausbau der Umfahrungsstraße B 3. Die Bundesstraßen-AG arbeite effizient, suche den Kontakt mit der Bevölkerung und sei kompromißbereit. Auf diese Weise könne nun die Verlängerung der A 23 nach Norden verwirklicht werden. Der Ausbau der Donauuferautobahn erfolge planmäßig und werde im nächsten Jahr fertiggestellt werden.

Zur Radroute West äußerte sich GR. Mag. KAUER (ÖVP) skeptisch. Trotz wiederholter Ankündigungen gebe es nur Teilbereiche dieses Radweges, von einer durchgehenden Route könne keine Rede sein. Das Budget für die Radwege, das für 1988 mit 10 Millionen Schilling angekündigt war, sei auf sechs Millionen reduziert worden. In Gesprächen über die Radfahrmöglichkeiten auf der Mariahilfer Straße habe er festgestellt, daß es genügen würde, den Verkehr zu verlangsamen, um sichere und gesicherte Möglichkeiten für die Radfahrer zu schaffen. Ein finanzaufwendiger Radweg, wie die SPÖ ihn für notwendig halte, sei nicht erforderlich.

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte, daß er prinzipiell weder für noch gegen Großprojekte sei. Die Frage laute nicht „groß oder klein“, sondern „gut oder schlecht“. Entscheidend sei das Abwägen der Vor- und Nachteile, des Nutzens und der Kosten. Dies gelte auch für jene Projekte, die der Bund oder die ÖBB in Wien planen. Bezüglich eines Standortes für eine mögliche Weltausstellung gehe es darum, die einzelnen Varianten aufgrund ausreichender Unterlagen mit all ihren Vor- und Nachteilen zu diskutieren. Ganz sicher werde weder die Alte Donau noch der Donaupark für eine Weltausstellung angegriffen werden.

Grundsätzlich müsse man der Gefahr vorbeugen, daß Wirtschaft und Politik Projekte planen, mit denen sich die Bevölkerung nicht identifizieren kann. Auch die mögliche Weltausstellung müsse in der Bevölkerung verankert sein und von ihr bejaht werden.

Bezüglich eines möglichen Zentralbahnhofes versicherte Swoboda, daß Wien seine Interessen vertreten werde. Zur Gürtelplanung erklärte Swoboda, daß man den Bürgern die stadtplanerischen Vorstellungen im Zusammenhang mit der tatsächlichen Finanzierbarkeit nahebringen müsse. Generell werde er sich nicht zu raschen Entscheidungen drängen lassen, wenn diese nicht gut vorbereitet sind. Zur Frage des Donauraums vertrat Swoboda den Standpunkt, daß man die Kraftwerksentscheidung nicht isoliert vorlegen könne, sondern die gesamte Donauraumgestaltung in einem Sondergemeinderat im Detail besprechen müsse.

Abschließend bekräftigte Swoboda seinen Standpunkt, daß man bei Großprojekten dafür sorgen müsse, daß die Vorteile die Kosten überwiegen und, daß die Menschen informiert und beteiligt werden, damit sie sich mit den Projekten auch identifizieren können. Seine Maxime in der Stadtplanung sei, daß man eine Kombination von Realismus und Phantasie finden müsse.

Gesundheits- und Spitalswesen

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) wertete die Ankündigung positiv, daß nötige Arbeiten im Krankenhaus Floridsdorf demnächst durchgeführt werden. Sie stellte fest, daß im Gerätepool der Rudolfstiftung Geräte lagern, während andere Spitäler unzureichend ausgestattet sind. So gebe es beispielsweise im Krankenhaus Floridsdorf zu wenige Überwachungsgeräte für die Intensivstation.

Es müßten zusätzliche Schritte gesetzt werden, um die Säuglingssterblichkeit weiter zu verringern. Sie stellte die Fragen, ob das Pulmologische Zentrum tatsächlich in ein Orthopädisches Krankenhaus umgewandelt

Forts. von Blatt 1245

Forts. auf Blatt 1247

werden soll, und ob es keine Möglichkeit gebe, das Labor des St. Anna Kinderspitals in größerem Ausmaß zu unterstützen.

Das AKH nimmt eine zentrale Stellung im österreichischen Gesundheitswesen ein, erklärte GR. Dr. RASINGER (ÖVP). Hochgerechnet von den Baukosten sei mit jährlichen Betriebskosten von acht Milliarden Schilling zu rechnen, und dies mache es notwendig, zu überlegen, was uns das Gesundheitswesen wert sei. Es dürfe nicht passieren, daß der Ambulanzbetrieb „ausgehundert“ werde. Obwohl die Inbetriebnahme in Abschnitten ab dem zweiten Quartal 1989 beginnen soll, fehle es noch an wichtigsten Entscheidungen, darunter über das Funktionieren der internen Struktur.

Wichtig wäre ein Ausbau der dezentralen Versorgung für alle Menschen. Mit den Sozialen Stützpunkten und der Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten allein, wie es Stadtrat Stacher vorsehe, sei nichts gewonnen. Er vermisse ein umfassendes Drogenkonzept, monierte Rasinger weiter und verwies auf die großen Probleme, die durch Drogen und Alkohol über Betroffene und Familien hereinbrechen. Hinsichtlich der Impfaktionen kritisierte Rasinger, daß die Stadt Wien nur die von ihr in den Gesundheitsämtern durchgeführten bewerbe, jedoch auf die niedergelassenen Ärzte vergesse. Man müsse von einer zentralen Gesundheitsverwaltung abgehen. Die ÖVP bekenne sich zu einer Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, schloß Rasinger.

GR. Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ) wies auf die Erfolge der Gesundheitspolitik in Wien hin. Es gelte auch in Zukunft, die entsprechenden Strukturen an die Erfordernisse der Zeit anzupassen, verändernd und gestaltend einzugreifen.

Neck-Schaukowitsch wies in besonderen auf die verbesserte Möglichkeit für Eltern hin, Kinder im Spital zu besuchen. Mit dem Wiener Risikokinderprogramm sei es gelungen, große Verbesserungen im gesamten Bereich von der Schwangerschaft bis zur medizinischen Betreuung von Kleinkindern zu erreichen. Weiters betonte die Rednerin die Bedeutung der Präventivmedizin, mit der Ausweitung der Vorsorgeuntersuchungen und Einrichtungen wie etwa der medizinisch-meteorologischen Beratung. Ebenso sei die Einrichtung des Instituts für Umweltmedizin von größter Bedeutung als Teil der Prävention. Die zahlreichen Maßnahmen für die Wiener Senioren bezeichnete Neck-Schaukowitsch als wichtige Vorkehrungen, das Leben für ältere Menschen lebenswert zu gestalten.

GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) kritisierte, daß im Bereich der Pflegeheime und Spitäler das Budget 1987 um 31 Millionen unterschritten wurde, dabei aber notwendige Investitionen und Anschaffungen unterlassen wurden. Schilling brachte einen ANTRAG auf Generalrenovierung und Neuausstattung der Pavillons 11 und 5 des Pflegeheimes Sanatoriumstraße und auf Sanierung der derzeit leerstehenden Pavillons 8 und 15 des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe ein. Verwundert zeigte sich Schilling über 13 unbesetzte, von 73 zur Verfügung stehenden, Planungsposten für Ergotherapeuten. Da Ergotherapeuten zur Rehabilitation kranker, behinderter und alter Menschen in steigendem Ausmaß gebraucht würden, brachte Schilling einen ANTRAG auf Aufstockung von Ausbildungs- und Planungsposten für Ergotherapeuten ein. Ebenfalls im argen liege die Hauskrankenpflege. Bei der abzusehenden Entwicklung der Bevölkerungsstruktur sei es nötig, die Pflege kranker und alter Menschen in ihren Wohnungen effizienter zu gestalten. Schilling stellte den ANTRAG, die Planposten für Mobile Krankenschwestern aufzustocken und eine Installierung der Hauskrankenpflege voranzutreiben.

GR. SCHIEL (SPÖ) vertrat den Standpunkt, daß die verschiedenen von der ÖVP geäußerten Kritikpunkte jeder Grundlage entbehren. Zum AKH meinte er, daß die vorgelegten Kosten nicht überschritten werden. Im neuen AKH würden die Patienten bestens betreut werden, wobei bereits

Forts. von Blatt 1246

Forts. auf Blatt 1248

jetzt 36 Prozent der Patienten im AKH Nichtwiener seien. 800 Millionen Schilling aus Pflegegebühren müsse die Stadt Wien für Nichtwiener zahlen.

Zu dem ab 1. Juli einzuhebenden Kostenbeitrag von 50 Schilling pro Tag stellte er einen **BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG**, demzufolge der Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen Ende 1989 einen Bericht über die Einnahmen aus diesen Pflegegebühren und die mit der Einhebung verbundenen Verwaltungskosten geben solle.

Schiel wies auf die hervorragende Ausstattung der Wiener Spitäler (Computertomographen, Farbstofflasergerät) sowie auf die 9.500 Akutbetten hin. Abschließend gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die ÖVP bei der nach voller Inbetriebnahme von AKH und SMZ-Ost geplanten Umwandlung von kleineren Spitälern bzw. Abteilungen keine Schwierigkeiten machen werde.

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) sagte, ein Überschuß beim Rechnungsabschluß bedeute nicht unbedingt einen realen Überschuß, da Rechnungen oft erst im Laufe des Folgejahres eintreffen. Das Rehabilitationszentrum im Psychiatrischen Krankenhaus bezeichnete er als eine richtungsweisende Einrichtung, die sich allerdings durch die Psychiatriereform in einem gewissen Grad überholt habe. Daher habe man einen Teil des Personals dort abgezogen und in andere Primariate eingegliedert. Zur Kritik am Gerätepool stellte er fest, daß alle Spitäler eine Liste der dort befindlichen Geräte erhalten, und mitteilen können, wenn davon etwas benötigt wird. Zur Forderung nach mehr Geld für das St.-Anna-Kinderspital meinte Stacher, die Stadt Wien habe verfassungsmäßig nicht die Aufgabe der Forschung, und für den Umbau seien ohnehin große Geldmittel flüssig gemacht worden. Zur Drogensituation sagte Stacher, es gibt kaum eine Großstadt mit einer solchen Kette von Einrichtungen für Drogensüchtige. Die illegalen Drogen spielen eine vergleichsweise geringere Rolle, besonders gefährlich seien legale Drogen zusammen mit Alkohol. Aus Methadon dürfe man kein Politikum machen. Nicht der Politiker, sondern der Arzt müsse die entsprechende Entscheidung treffen.

Kultur

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) erkundigte sich nach der Zukunft der städtischen Kulturbetriebe nach der Privatisierung der Holding. Weiters: Die ständige Ausweitung der Programme bei den Wiener Festwochen habe dazu geführt, daß jetzt schon fast das ganze Jahr über entsprechende Veranstaltungen abgehalten werden. Jetzt wäre allerdings der Zeitpunkt gekommen, das Angebot zu reduzieren und übersichtlicher zu gestalten. Trotzdem sollte es aber auch künftig möglich sein, Ausstellungen wie „Imago Mexiko“ nach Wien zu bringen. Was Eigenproduktionen betrifft, soll man nach Ansicht von GR. Gintersdorfer überlegen, ob man diese den Theatern überlassen solle. Ob es möglich wäre, den Festwochen einen wienerischen Charakter zu geben, beurteilte Gintersdorfer skeptisch. Er regte an, auch kulturelle Leistungen aus anderen Bundesländern nach Wien zu bringen. Die Rücklagen im Altstadterhaltungsfonds sind seit 1984 von 27 auf zuletzt 84 Millionen gestiegen. Gintersdorfer fragte, was mit diesen angesammelten Mitteln in Höhe von einem Jahresbedarf geschehen soll. Eine bessere Dotation der Bezirksmuseen ist ein weiteres Anliegen des FPÖ-Gemeinderates, wobei er vor allem die Sanierung des Bezirksmuseums Josefstadt als vordringlich betrachtet.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte die Überschreitung des Voranschlages der Wiener Festwochen. Statt 60 Millionen Schilling seien letzten Endes 76 Millionen ausgegeben worden. Generell stellte Kauer die Fragen, ob die Festwochen nicht verwechselbar geworden seien, ob der Zeitpunkt nicht anders gewählt werden solle oder zumindest die Bezirksfestwochen nicht zeitlich verlegt werden sollten. Weiters sei das Budget der Festwochen zu

Forts. von Blatt 1247

Forts. auf Blatt 1249

limitieren, mit dem Geld müsse sorgsamer umgegangen werden. Grundsätzliche Fragen zu den Wiener Festwochen seien vor Bestellung eines neuen Intendanten zu klären. Kauer beklagte schließlich die mangelnde Information der Opposition über Fragen der Kulturpolitik. Für die Zukunft seien viele Probleme offen, wie etwa die weitere Führung der Kulturbetriebe in der Wiener Holding oder die Schaffung einer Wiener Kunsthalle.

Man habe in Wien ein ständiges, lebendiges und noch ausweitbares kulturelles Angebot geschaffen, sagte GR. STRANGL (SPÖ). Das Programm der Wiener Festwochen sei vor allem ein Programm für die Wiener, die Produktionen seien aber auch für Touristen außerordentlich attraktiv. Man habe die Erfahrung gemacht, daß nicht nur Klassik, sondern auch neue Angebote wie Big Beat beim Publikum großes Interesse finden. Die Auslastung des Messepalastes sei dafür ein Beispiel. Mit zusätzlichen Subventionen der Stadt Wien wahre man die Chance, daß die Preise auch für Wiener mit durchschnittlichem Einkommen erschwinglich bleiben. Wien habe im Bereich der Kultur zahlreiche Trends gesetzt, wie das Schluß-Open-Air des Landesjugendreferates, die nun vom kommerziellen Veranstaltern übernommen und ausgebaut würden. Zur Kritik an der Arbeit des Altstadterhaltungsfonds sagte Strangl, man habe mit dieser Einrichtung eine einmalige Gelegenheit, das kulturelle Klima dieser Stadt auch durch ihr Aussehen und die Wertschätzung, die man ihren Kulturgütern entgegenbringe, zu dokumentieren.

GR. CZERNY (ÖVP) meinte, die diesjährigen Wiener Festwochen zählten zu den teuersten Festwochen, die der Steuerzahler zu bezahlen hatte. An 39 Tagen habe es unzählige Veranstaltungen gegeben, darunter allein 1.099 im Rahmen der Bezirksfestwochen. Czerny vertrat den Standpunkt, daß angesichts des „eher tristen“ Kulturbudgets ein quantitatives Weniger ein qualitatives Mehr bringen würde. Czerny bedauerte, daß Wien kein Operntheater mehr habe, kritisierte künstlerische und theaterpolizeiliche Aspekte der diesjährigen Festwocheneröffnung und bedauerte, daß „Cats“ bei 97 Prozent Auslastung den Wiener Steuerzahlern bereits 500 Millionen Schilling gekostet habe. Hingegen sei es in Hamburg bereits nach 8,5 Monaten „Cats“ zu beträchtlichen Gewinnen für die Geldgeber gekommen.

Czerny urgierte u. a. die Renovierung des Grassalkovics-Schlössels und gab seiner Hoffnung darüber Ausdruck, daß „Cats“ vielleicht doch einmal Gewinne abwerfen könne, wodurch mehr Mittel für wichtige Bauwerke zur Verfügung stehen könnten.

GR. STEINBACH (SPÖ) sagte, man werde sich bemühen, die Subvention in der Höhe von 18 Millionen Schilling für ein Bezirksmuseum Josefstadt in der Schmidgasse 18 im Budget 1989 unterzubringen. Er würdigte die Arbeit des Wissenschaftsreferates, dessen Verdienste um die Förderung der Wissenschaft und um die Kontakte mit wissenschaftlichen Organisationen. Eine Vielzahl von Aktivitäten, etwa die „Vierteltour“ oder die „Wiener Vorlesungen“ hätten zur Förderung von Kultur und Wissenschaft beigetragen.

Stadtrat Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) sagte, durch den Verkauf der Holding werde sich im Bereich der Kulturbetriebe nicht viel ändern. Die Festwochen selbst werden, so Pasterk, im Mai und Juni abgehalten, doch das effiziente Management organisiere Veranstaltungen, mit anderem Budget, auch während des übrigen Jahres. Das sei wesentlich kostengünstiger, als andere Veranstalter damit zu beauftragen. Die Festwochen sollen internationale Strömungen widerspiegeln und eine Plattform für die heimische Szene sein.

Der Altstadterhaltungsfonds enthalte derzeit tatsächlich 84,1 Millionen Schilling. Durch die Fortführung der Werbeaktion sollen Hauseigentümer gewonnen werden, diese Mittel in Anspruch zu nehmen. Das Palais

Forts. von Blatt 1248

Forts. auf Blatt 1250

Grassalkovics werde derzeit renoviert und solle nach der Fertigstellung vom Fremdenverkehrsverband genutzt werden. Das Bezirksmuseum Josefstadt soll im nächsten Jahr renoviert werden. Sie teile die Ansicht von GR. Kauer, daß nicht die Kulturpolitik das Kulturschaffen bewirke, aber diese Politik schaffe die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Tätigkeit, sagte Pasterk. Die Tatsache, daß Wien als Theater und Musikhauptstadt bezeichnet wird, sei nicht zuletzt auf die Wiener Kulturpolitik zurückzuführen. Durch die Aufführung der Cats-Produktion im Ronacher werde auch ein sinnvoller und wirtschaftlicher Personaleinsatz möglich. Die Einrichtung der Kunsthalle im Messepalast sei wohl nur ein kleiner Schritt vorwärts, doch sei dies wertvoller als Großprojekte, die nie realisiert werden.

Umwelt, Freizeit und Sport

GR. Mag. KABAS (FPÖ) sagte, Wien sei noch weit vom Ziel einer Umweltmusterstadt entfernt. Das sei nicht allein an der geringen Dotation von 24 Millionen Schilling für den Umweltschutz im engeren Sinn im Jahr 1987 zu ersehen. Es sei noch viel auf dem Gebiet der Müllvermeidung zu tun; die Wirksamkeit der getrennten Müllsammlung, wie derzeit geplant, sei fraglich. Angesichts der ungünstigen Standorte der Wiener Müllverbrennungsanlagen sei die Reduktion der Schadstoffe nach dem letzten Stand der Technik erforderlich. Zum österreichischen Luftreinhaltegesetz bemerkte Kabas, daß er dieses für lückenhaft und verunglückt halte. Schließlich forderte der Redner die Förderung des Nachrüstkatalysators in Wien und die Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald im Sinne des Forstgesetzes. Für die Weltausstellung dürfe auf keinen Fall Naherholungsraum geopfert werden.

Das „Baustellenchaos“ bei Straßenbauarbeiten kritisierte GR. Dr. NEUBERT (ÖVP). Man habe die Chance der Koordinierung von Bauarbeiten trotz Computereinsatz und spezieller EDV-Programme versäumt. Es gebe immer noch zahlreiche Beispiele für Langzeitbaustellen, unkoordinierte Einbauten und Schlamperien. Dies betreffe Gleisbauarbeiten und Kabelverlegungen ebenso wie die Sanierung der Kanäle und des Wasserleitungsnetzes. Ein weiterer Kritikpunkt sei die trotz des vor zwei Jahren beschlossenen Kanalausbauprogramms steigende Anzahl von Senkgruben in Wien. Bei zahlreichen Kleingartenanlagen könnte z.B. ein Anschluß an das Kanalnetz raschest durchgeführt werden, statt dessen plane man in Aspern die Errichtung von 600 Schrebergärten mit Senkgruben. Neubert brachte einen ANTRAG hinsichtlich eines Programmes zur Senkgrubenreduzierung und zum Start einer eigenen Förderungsaktion ein.

GR. Elisabeth FLEISCHMANN (SPÖ) betonte, daß Umweltpolitik nicht Sache einiger weniger Experten sein dürfe, sondern die Aufgabe jedes einzelnen engagierten Bürgers. Als positive Beispiele für den Umweltschutz in Wien nannte sie die erfreuliche Frequenz der Problemstoffsammelstellen, die Altbatteriensammlung, die von mehr als 800 Firmen durchgeführt wird, und die Apotheken, die 1987 fast 100 Tonnen alte Medikamente gesammelt haben. Wien habe das Ziel, unter den Großstädten der Welt als Umweltmusterstadt zu gelten. Dieser Anspruch sei nicht utopisch. So sei Wien die einzige vergleichbare Großstadt, die bald zur Gänze in Normalzeiten mit Gebirgswasser versorgt wird. Durch die Sanierung der Deponie Rautenweg und andere Maßnahmen soll die Qualität des Grundwassers sichergestellt werden. Neben verschiedenen umweltpolitischen Vorhaben führte GR. Fleischmann die Sanierung des Kanalnetzes an, die bis zur Jahrhundertwende abgeschlossen sein wird.

GR. FÜRST (ÖVP) kritisierte, daß Wien noch immer über keinen ausreichenden Hochwasserschutz verfüge. Auch seien zahlreiche anstehende Umweltprobleme noch immer nicht gelöst. Das gelte beispielsweise für die Hauptkläranlage, die EBS oder für die Sortierung beim Hausmüll. Man

Forts. von Blatt 1249

Forts. auf Blatt 1251

sei von einer Lösung weit entfernt, und der Weg zur Umweltmusterstadt sei noch lang. Der Naturschutzbericht gebe keinen umfassenden Überblick. Fürst regte — wie das in anderen Bundesländern üblich sei — einen eigenen Wiener Umweltbericht an. Für den Zivilschutz sei so gut wie nichts geschehen. Im Budget seien zwar 200.000 Schilling vorgesehen gewesen, laut Rechnungsabschluß sei jedoch kein einziger Schilling ausgegeben worden. Er stellte den ANTRAG, daß für den Neubau der Hauptfeuerwache Floridsdorf umgehend die erforderlichen Mittel bereitzustellen sind und, daß am Standort der neuen Hauptfeuerwache auch eine Wiener Feuerwehr-, Zivil- und Katastrophenschutzschule errichtet werden soll.

GR. STOCKINGER (SPÖ) erklärte, die Sorge, Wien könne den Weg zur Umweltmusterstadt nicht schaffen, sei unbegründet. Schon heute sei Wien vorbildlich auf der ganzen Welt. Das Wort von der Umweltmusterstadt sei kein Slogan, sondern ein Versprechen. Schon vor 20 Jahren haben die Sozialisten die Bedeutung des Umweltschutzes erkannt. Immer mehr wird dieser zu einem Anliegen der Bevölkerung. Die städtischen Dienststellen, die in diesem Ressort zusammengefaßt sind, erbringen maßgebliche Leistungen, wie Aufforstungen, Schaffung und Pflege von Grünflächen oder Errichtung von Bädern. Die Sportförderung unterstützt kleine Vereine und schafft auch die finanzielle Basis für den Spitzensport und sportliche Großereignisse.

Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) nahm zunächst zur Frage der Luftreinhaltung Stellung. Häupl bezeichnete das Luftreinhaltegesetz auf Bundesebene als ersten Schritt, der differenziert zu sehen und weiter zu entwickeln sei. Die Stadt Wien werde sich jedenfalls an die vorgeschriebenen Grenzwerte halten. Die Müllverbrennung Spittalau werde zu den bestausgestatteten und damit schadstoffärmsten Anlagen der Welt zählen. Zur Müllvermeidung sagte Häupl, das hier jene in die Verantwortung zu nehmen seien, die für das derzeitige große Müllaufkommen verantwortlich seien. Hier werde es sicher auch zu Konflikten kommen, die auch auszutragen seien. Die ABA im Rinter Zelt habe ihre Effizienz gegenüber dem Vorjahr immerhin verdoppelt, es sei jedoch eine weitere Effizienzsteigerung anzustreben. Die Fragen der Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald und der Förderung des Nachrüstkatalysators müßten weiter diskutiert werden.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 16.15 Uhr unterbrochen. Sie wird Freitag fortgesetzt. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1250
